

# Wildbader Tagblatt

(Enztalbote)

Amtsblatt für Wildbad. Chronik und Anzeigenblatt  
für das obere Enztal.

Erscheint täglich, ausgenommen Sonn- u. Feiertags.  
Bezugspreis monatlich Mk. 4.50, vierteljährlich 13.50  
frei ins Haus geliefert; durch die Post bezogen im  
innerdeutschen Verkehr Mk. 13.50 und 90 Pfg. Post-  
bestellgeld.

Anzeigenpreis: die einpaltige Petitzeile oder deren  
Raum 50 Pfg., auswärts 60 Pfg., Reklamezeilen  
1.50 Mk., bei größeren Aufträgen Rabatt nach Tarif.  
Schluß der Anzeigenannahme: täglich 8 Uhr vor-  
mittags.

Druck der Buchdruckerei Wildbader Tagblatt; Verlag und Schriftleitung: Th. Gaf in Wildbad.

Nummer 158

Fernruf 179.

Wildbad, Montag, den 12. Juli 1920.

Fernruf 179.

54. Jahrgang

## Die schlimmste Zeit.

Wir machen gegenwärtig wieder die schlimmste Zeit im Jahre durch: die sorgenerfüllten Wochen vor der neuen Ernte. Aus allen Teilen des Reichs laufen Nachrichten ein über Streiks und Teuerungsunruhen, die in den letzten Wochen bald hier bald dort aufgeflackert und in Plünderungen und blutige Zusammenstöße ausgeartet sind. In Spa scheinen die für das Friedensland des größeren Teils von Europa verantwortlichen fremden Staatsmänner sich noch immer nicht darüber klar geworden zu sein, daß es zwecklos ist, eine Regierung zum Eingehen von Verpflichtungen zu nötigen, der man die Mittel, sich in Macht und Ansehen zu halten, nicht lassen will. Es ließe sich wohl denken, daß unserer Regierung eine stärkere Stütze zur Aufrechterhaltung von Ordnung und verlässlicher Freiheit zur Verfügung stünde, als 100.000 Mann Sicherheitswehr: nämlich Brot. Aber dieses Mittel zur Volksberuhigung, diese allerwichtigste Voraussetzung zu einer erfolgversprechenden Führung der inneren Staatsgeschäfte, fehlt uns heute mehr denn je, fehlt durch die Schuld der für den Versailler Frieden verantwortlichen Regierungshäupter. Und so notwendiger ist — bis die schlimmste Zeit der Not überwunden sein wird — eine genügend starke Ordnungstruppe in der Hand der Regierung, damit das Volk im Fieberwahn des Hungers sich nicht selbst Schaden tue.

Die Leidenschaften sind schlechte Ratgeber. So menschlich begreiflich die kummervolle Empörung der einkaufenden Hausfrau angesichts der immer noch für viele unerschwinglich bleibenden Gemüse- und Obstpreise auch ist, so lehren doch Verstand und Erfahrung, daß Plünderungen von Warenbeständen und körperliche Bedrohung von Verkäufern lediglich dazu führen, daß das Warenangebot noch kleiner wird. Wo keine Rechtsicherheit für Waren und Personen herrscht, da verödet der Markt. Das war immer so und wird immer so bleiben.

Heute stehen die Dinge so, daß die gewalttätigen Selbsthilfeversuche der Käuferschaft abgelöst werden von dem Verlangen nach neuen Vorschriften über Höchstpreise. Auf der einen Seite ruft man nach beschleunigter Abschaffung der Zwangswirtschaft, und das mit Recht, denn sie verteuert eine ganze Reihe von Lebensmitteln, die nach Freigabe des Handels billiger zu haben wären, die heute schon der Schleichhandel zum Teil billiger und besser liefert. Auf der anderen Seite verlangt man neue Verordnungen gegen übermäßige Preisforderungen der landwirtschaftlichen Erzeuger. Aber das ist nur wieder ein in die Zwangswirtschaft zurückführender Irrweg. Er brächte uns wieder dahin, billige Höchstpreise zu haben, aber keine Waren, die es dafür zu kaufen gäbe. Das einzige, der Teuerung wirksam begegnende Mittel ist: vermehrtes Angebot.

Für Deutschland in seiner gegenwärtigen Lage kommt hierfür in erster Linie die Hebung der eigenen Erzeugung in Betracht. Es muß doch sehr zu denken geben, daß die Anbaufläche für Brotgetreide in Deutschland in den letzten Jahren in besorgniserregender Weise zurückgegangen ist, so daß wir auf immer größere Zufuhren aus dem Ausland angewiesen sind. Das kommt uns doch viel teurer, als wenn wir für die einheimischen Getreidebauer höhere Preise bewilligt und von ihnen mehr Brotfrucht erhalten hätten. Wer volkswirtschaftlich richtig denken will, der muß sich vor Mißgunst hüten. Es kommt nicht darauf an, ob man dem einen oder anderen Volksgenossen den von ihm erzielten Gewinn gönnt, oder ob man ihn für unberechtigt hoch hält; sondern es dreht sich um die Frage: Nützen oder schaden wir der Allgemeinheit, wenn wir den Betroffenen im Gewinnmachen einschränken? Man wird, wenn man die Augen für die Allgemeinheit offenhält, sehr oft sehen, daß der aus obrigkeitlicher Bevormundung erwachende Schaden der Gesamtheit in irgend einer Form viel teurer zu stehen kommt, als die auf dem freien Markt sich ergebende Preisgestaltung gekommen wäre.

Rechtswidrige Gewaltanwendung gegen Verkäufer oder Produzenten ist also ebenso wie das Ruhen nach neuen Zwangs- und Regelungseingriffen der Obrigkeit lediglich ein Selbstbetäubungsmittel, das, wenn es angewandt wird, mehr schadet, als nützt. Wir kommen nur heraus aus der Not durch werkschaffende Arbeit, durch Rückgewinnung eines Betätigungsfelds für unsere Schaffenskräfte in Industrie und Handel. Das letztere und zu erwirken, ist die Aufgabe, die unseren Wortführern in

Spa obliegt. Inzwischen ist es die Pflicht aller vernünftig denkenden Volksgenossen, darauf bedacht zu sein, daß die in jetziger Notzeit uns kümmerlich nährenden Arbeitsmöglichkeiten in Land und Stadt nicht zerstört werden durch die als Verzweiflungsausbruch zu wertenden Gewaltneigungen, die sich in mannigfacher Gestalt im darbenenden Volk geltend machen. Eine bessere Zukunft wollen und werden wir erringen — in Spa oder auch nach und trotz Spa. Aber dazu ist nötig, daß wir sie erleben und uns nicht durch innere Wirren in den Hungertod jagen lassen. Die schlimmste Zeit des Jahres wird bald hinter uns liegen, und hoffentlich auch einmal die schlimmsten Jahre von Deutschlands Elend.

## Die Konferenz in Spa.

Die Kohlenfrage.

Spa, 10. Juli.

In der gestrigen Nachmittagsitzung, die nach Ueberweisung der Frage der „Kriegsbeschädigten“ an die verschiedenen Justizminister um halb 5 Uhr eröffnet wurde, führte Millerand den Vorsitz. Auf die Tagesordnung war die Kohlenfrage gesetzt. Staatssekretär Bergmann führte aus, Deutschland habe den redlichen Willen, seine Vertragsverpflichtungen in der Kohlenlieferung zu erfüllen, aber es habe mit den größten Schwierigkeiten zu kämpfen. Er erwähnte die großen Streiks im Ruhrgebiet, die durch das Hochwasser herbeigeführten Verkehrsstörungen, die Streiks der Hafenarbeiter in Rotterdam, der belgischen Bahnarbeiter. Außerdem haben sich die Vertragsforderungen der Entente neuerdings gesteigert.

Millerand erwiderte, in der Form höflicher als Lloyd George: Er habe die Mitteilungen Bergmanns mit Interesse vernommen. Aber der Vertrag von Versailles bestehe nun einmal. Die Anschuldigungen Bergmanns seien leicht zu widerlegen. Der belgische Streik habe nur an den Grenzen bestanden und sei in 48 Stunden behoben worden. Deutschland habe seine Lieferungen eigenmächtig vermindert. Dabei sei die Lage Frankreichs in der Kohlenfrage schlimmer als die der Deutschen. Er sei nicht hier, um Mißlichkeiten vorzubringen. Aber er erinnere an die unnötigen Zerstörungen in den französischen Bergwerken beim deutschen Rückzug. Dann stellte Millerand die Verbandsforderungen. Nach diesen Beschlüssen der Verbündeten wird

1. den Kohlenforderungen Frankreichs das Vorrecht aus allen deutschen Forderungen gesichert;
2. eine verbändlerische Kohlenkontrollkommission mit dem Sitz in Berlin eingerichtet, um die gesamte Verteilung der in Deutschland geförderten Kohle zu überwachen und zu beaufsichtigen;
3. Deutschland zur Vorlage eines genauen Kohlenlieferungsplan für seine gesamte Kohlewirtschaft zur Genehmigung durch diese Kohlenkontrollkommission genötigt werden.

4. Im Fall der Nichterfüllung dieser Bedingungen werden auf Verlangen der Wiedergutmachungskommission bestimmte Strafmaßnahmen in Aussicht genommen. Minister Dr. Simons erklärte im Namen der deutschen Vertretung, daß die deutsche Regierung nicht imstande sei, ohne eingehende Besprechung mit den Sachverständigen zu der Angelegenheit sich zu äußern.

Millerand antwortete: Alle Begründungen werde man entgegennehmen, jedoch müssen die deutschen Vertreter morgen die Forderungen annehmen. Es handle sich um eine gemeinsame, nicht nur den Verbänden, sondern auch Deutschland angehende Frage, die auch zu seinem Nutzen gelöst werden müsse. Deutschland dürfe keine Kohlenlieferungen ins neutrale Ausland machen, bevor es seinen Verpflichtungen den Verbündeten gegenüber nachgekommen sei. Frankreich hätte, wenn es darum angegangen worden wäre, Deutschland Kredit gegeben.

Gegen 7 Uhr wurde eine neue Sitzung auf Samstag 11 Uhr angesetzt.

Die deutschen Sachverständigen berieten die neuen Forderungen in der Kohlenfrage, die überaus hart sind und Deutschland die Verfügung über seine Kohlewirtschaft vollständig benehmen, bis in die tiefe Nacht.

In der gestrigen Vormittagsitzung stellte Reichsminister Dr. Simons mit Bedauern fest, daß die

Verbündeten mit der geforderten Entwaffnung der Sicherheitswehren der Sachlage in Deutschland nicht gerecht werden. Da diese Bedingungen den Ausführungsbestimmungen des Friedensvertrags entsprechen, seien die deutschen Vertreter zur Unterzeichnung befugt. Anders sei es mit den Strafandrohungen. Um diese unterzeichnen zu können, würde die Ermächtigung des Reichstags erforderlich sein. Lloyd George entgegnete, die Ausführung der Strafbestimmungen sei ausschließlich Sache der Verbündeten, die Strafandrohung sei deshalb auch nicht zu unterzeichnen. Darauf erklärte Reichskanzler Fehrenbach, daß die deutschen Vertreter zur Unterzeichnung bereit seien.

Paris, 11. Juli. (Havas.) Die französischen Vertreter in Spa sind der Ueberzeugung, daß auch in den wirtschaftlichen Fragen Deutschland durch Zwang zum Nachgeben gebracht werden müsse.

Millerand wird am 13. Juli nach Paris zurückkehren und dann einen Kabinettsrat abhalten.

Die Londoner „Daily Mail“ schreibt: Solange Deutschland nicht neun Zehntel seiner Erwerbstätigkeit in den Dienst der Entschädigung stellt, werden die Forderungen der Verbündeten kein Ende nehmen. Die französischen Vertreter in Spa lassen darüber keinen Zweifel aufkommen.

## Neues vom Tage.

Berlin, 11. Juli. Die französische Forderung, an allen wichtigeren deutschen Kohlenverladeplätzen Ueberwachungskommissionen einzusetzen, wurde infolge des Widerstands Lloyd Georges dahin abgeändert, daß eine Verbandskommission nach Berlin kommt.

Schon die Art, wie die Kohlenfrage angeschnitten worden ist, schreibt die „Kreuzzeitung“, zeigt, daß auch hier die Blutlanger zugreifen, gleichviel, ob unsere Industrie zugrunde geht, ob Arbeitslosigkeit mit allen ihren Folgen entsteht und schließlich die letzte Kohle aus dem Schacht geholt wird.

In der Besprechung der Parteiführer über die Entwaffnungsbedingungen lehnten alle Parteien die Drohung mit neuen Besetzungen ab.

Wie die „Germania“ zuverlässig erfährt, traf gestern in den Morgenstunden bei der Reichsregierung in Berlin ein Telegramm aus Spa ein, wonach unter der Entwaffnung der Sicherheitspolizei (Polizeiwehr) nicht deren völlige Entwaffnung oder Auflösung zu verstehen sei, sondern die Entziehung schwerer Waffen und die Entmilitarisierung. Sonach würde also die Sicherheitswehr als reine Polizeitruppe fortbestehen können.

### Ueberwachung der deutschen Presse?

Basel, 11. Juli. Die „Presse-Information“ meldet aus Paris, die französische Regierung habe beim Obersten Rat beantragt, die Presse in Deutschland solle bezüglich ihrer Mitteilungen über die verbündeten Länder unter Kontrolle gestellt werden. (Napoleon I. hat seinerzeit auch die deutschen Zeitungen einige Jahre lang knebeln lassen.)

Der Vorsitzende der Ueberwachungskommission in Berlin, General Kollert, erklärte in einer Rede, die Entwaffnung Deutschlands sei ungenügend. Auch der militärische Geist, der noch in deutschen Volk liege und der vielfach in Studentenkreisen zum Ausleben des Rachegebans führe, müsse durch Zwang gebrochen werden.

### Neuer Protest.

Berlin, 11. Juli. Da die Friedenskonferenz die Beschränkung der deutschen Regierung über die belgische Unterdrückung der Abstimmung in Eupen und Montmedy als „unbegründet“ zurückgewiesen hat, hat die Regierung eine neue Note mit Beweismaterial übergeben. In die Abstimmungslisten habe sich kaum 1 Prozent eingetragen lassen, weil die belgischen Behörden drohten, die Wähler aus dem Gebiet auszuweisen.

### Die teure Besetzung.

Köln, 11. Juli. In der Stadtverordnetenversammlung teilte der Reichstagsabgeordnete Sollmann mit, daß die bisherigen Kosten für die Besetzung, die dem Reich entstanden seien, den Voranschlag um mehrere Milliarden überstiegen haben.

London, 10. Juli. Im Unterhaus teilte Bonar Law mit, daß die Verbündeten von der deutschen Regierung die Auslieferung von 892 Personen fordern, einen





